WP-06-455 Ein Land der Vielfalt

Antragsteller*in: Samy Charchira (KV Düsseldorf)

Änderungsantrag zu WP-06

Von Zeile 454 bis 456 einfügen:
freiheitliche Demokratie ein. Dennoch kann es zu Diskriminierung kommen. Mit dem Gesetz setzen wir auf gütliche Einigungen und eine präventive Wirkung. Dafür verankern wir verbindliche Fortbildungen, sorgen für diskriminierungssensible Standards und die Überprüfung von Routinen und Ermessensentscheidungen auf strukturelle Zugangshürden und sichern unabhängige Beschwerde- und Beratungsstrukturen finanziell ab. Auf Basis der anstehenden Evaluation des Gesetzes im Jahr 2030 wollen wir den

Begründung

Diskriminierung im öffentlichen Dienst entsteht oft nicht aus böser Absicht, sondern aus Routinen, Ermessensspielräumen und fehlendem Wissen. Deshalb setzt der Antrag auf verbindliche Fortbildungen, diskriminierungssensible Standards und die Überprüfung von Abläufen auf strukturelle Zugangshürden. Unabhängige Beschwerde- und Beratungsstrukturen geben Betroffenen eine Anlaufstelle außerhalb der Verwaltung, brauchen dafür aber eine verlässliche finanzielle Absicherung. Das Land kann diese Rahmenbedingungen schaffen und finanzieren und so dafür sorgen, dass gleiche Behandlung im Verwaltungshandeln tatsächlich ankommt.

Unterstützer*innen

Anas Al-Quraan (KV Düsseldorf); Lui Dosin (KV Dortmund); Svenja Kruse-Glitza (KV Düsseldorf); Sabine Yündem (KV Remscheid); Anne Sommer (KV Düsseldorf); Fatime Sahin (KV Dortmund); Ali Bas (KV Warendorf); Inpayogi Yogendran (KV Köln); Jannis Oppermann (KV Köln); Petra Balje (KV Gelsenkirchen); René Adiyaman (KV Eneppe-Ruhr); Jonas Schlinkert (KV Bonn); Eva Christiane Kuzu (KV Bonn); Jakob Gintars (KV Bonn); Pina Nell (KV Düsseldorf); Nelli Foumba Soumaoro (KV Hamm); Patric Lenhart (KV Bonn); Frederik Franz Hartmann (KV Düsseldorf); Sarah Jentsch (KV Duisburg)